

Claus Vogt Marktkommentar - Ausgabe vom 4. August 2016

Roland Leuschel über die weitreichenden Folgen des Brexit, die Zukunft Europas und Gold

- **EU: von der Freihandelszone zum bürokratischen Moloch**
- **Geldpolitik der EZB zerstört Marktwirtschaft und Demokratie**
- **Kaufen Sie Gold und ausgewählte Minenaktien**
- **Was machen eigentlich ... meine Steuergroschen?**
- **Weniger Bürokratie an unseren Schulen!**

Lesen Sie differenzierte Analysen statt simpler Antworten und dreister Lügen

Liebe Leser,

in der aktuellen Ausgabe meines Börsenbriefes [Krisensicher Investieren](#) finden Sie ein ausführliches Interview mit der Börsenlegende Roland Leuschel. Im Folgenden lesen Sie einige Auszüge dieser hochinteressanten Ausführungen Leuschels, der bis zu seiner genialen Crashprognose des Jahres 1987 den Ruf des ewigen Börsenoptimisten genoss. Nach seinem Volltreffer von 1987 wurde er in den von einfachem Schubladendenken beherrschten Medien allerdings nur noch als Crash-Prophet bezeichnet, obwohl seine sehr differenzierten Analysen und Prognosen diese simple Kategorisierung in keiner Weise rechtfertigen.

In unserer kurzlebigen Zeit, in der von den Massenmedien vor allem einfache Formeln nachgefragt werden, scheint für differenzierte Analysen und Gedanken einfach kein Platz mehr zu sein. Dabei habe ich erhebliche Zweifel, dass sich die Mehrheit der Bürger tatsächlich mit tumben Erklärungen bis hin zu dreisten Lügen der politischen „Elite“ abspesen lassen möchte. Der Erfolg von Internetportalen wie goldseiten.de stützt diese Vermutung ebenso wie die weitverbreitete Politikverdrossenheit.

Doch nun zu den Ausführungen Leuschels über den sinnvollen Ursprung der EU, die Fehlentwicklung der vergangenen Jahre, die Bedeutung des Brexit, die Notwendigkeit der Rückkehr zu einem seriösen Währungssystem und was Sie als Anleger in diesen irren Zeiten tun sollten, um Ihr Vermögen zu schützen und zu mehren.

Ich wünsche Ihnen ein sommerliches Wochenende.

Ihr



Claus Vogt, Chefredakteur Krisensicher Investieren

PS.: Vergessen Sie nicht: Im Unterschied zu Ihnen müssen Zentralbankbürokraten nichts leisten, um etwas kaufen zu können. Sie bezahlen stattdessen mit Geld, das sie in unbegrenzter Menge aus dem Nichts schaffen können.

Frage: Herr Leuschel, Sie leben als Deutscher bereits seit 1963 in Belgien und haben einen zweiten Wohnsitz in Portugal. Sie sind so etwas wie ein Europäer der ersten Stunde. Denn Sie sind damals, also 1963, als junger Finanzanalyst nach Belgien gegangen, um beim Aufbau des ersten europäischen Analystenteams mitzuwirken, das über die Ländergrenzen hinausschauen und eine europäische Ausrichtung haben sollte. Wie denken Sie über Europa?

Leuschel: Zunächst finde ich es auch heute noch sehr bemerkenswert, dass die europäischen Zweige der Rothschilds in der frühen Nachkriegszeit die Weitsicht hatten, über die Ländergrenzen Europas hinwegzuschauen, um tatkräftig die Europäisierung im Finanzsektor voranzutreiben. Die Idee, den gefährlichen Nationalismus mit Hilfe einer Freihandelszone und enger wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu überwinden, war richtig und wichtig. Auch ich und meine deutsche Frau, die ich erst in Brüssel kennengelernt habe, wurden damals von einer regelrechten Europa-Euphorie erfasst, die allerdings sehr gut begründet war, da es ja um einen nicht nur ökonomisch sinnvollen Plan ging, dessen Umsetzung eine bessere Zukunft versprach – was eine Zeit lang ja auch tatsächlich eingetreten ist.

Frage: Wie beurteilen Sie den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union?

Leuschel: Eigentlich bin ich überrascht, dass die Briten mit ihrer Freiheitsliebe und ihrer großen marktwirtschaftlichen und demokratischen Tradition der EU nicht schon viel früher die rote Karte gezeigt haben. Der Austritt GBs ist eine gute Entwicklung für Europa und die ganze Welt, weil er für jedermann sichtbar macht, dass sich die EU in eine falsche Richtung entwickelt hat.

Die ursprüngliche sehr gute Idee einer Kerngemeinschaft mit assoziierten Mitgliedern wurde aufgegeben zugunsten eines von Größenwahn und ökonomischer Unkenntnis zeugenden Drangs nach purer Größe und Zentralisation. Es sollte zusammengezwungen werden, was ökonomisch nicht zusammen passt. Das kann und wird nicht funktionieren.

Frage: Die Europäische Union wird inzwischen von vielen Menschen als undemokratischer bürokratischer Moloch wahrgenommen, der mehr Schaden anrichtet als Nutzen zu stiften. Was ist bei der EU falschgelaufen.

Leuschel: Der Austritt Großbritanniens ist ein Schuss vor den Bug selbstherrlich gewordener EU-Politiker, die das Leben, die Wünsche und die Sorgen der Menschen aus den Augen verloren haben bzw. als Berufspolitiker gar nicht mehr kennen. Ich hoffe sehr, dass dieser Warnschuss erhört wird. Nach der bisherigen Reaktion der Junckers und Schulzes bin ich diesbezüglich aber nicht gerade optimistisch gestimmt.

Frage: Sie haben gerade gesagt, dass mit der EU etwas zusammengezwungen werden soll(te), was ökonomisch nicht zusammen passt. Was genau meinen Sie damit?

Leuschel: Ich sehe in der Osterweiterung der EU einen Kardinalfehler, der politischem Wunschdenken entsprungen ist. Großbritannien hat seine Grenzen damals ohne Übergangsregelung geöffnet. Das hat dazu geführt, dass seit 2004 genauso viele osteuropäische Einwanderer nach Großbritannien gekommen sind wie aus dem gesamten Commonwealth. Allein die polnische Gemeinde ist auf über eine Million Menschen angewachsen. So sehr ich die Polen auch schätze, Einwanderungswellen dieser Dimension erzeugen Ängste und schaffen in großen Teilen der Bevölkerung Unmut. Man mag das bedauern, aber es ist die Realität, die man eben nicht ungestraft ignorieren kann. Der Alleingang von Kanzlerin Merkel in der Flüchtlingsfrage war dann wohl der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat.

(...)

Frage: Sie sind bereits in Ihrem Buch „Das Greenspan Dossier“ sehr scharf mit den Zentralbanken ins Gericht gegangen. Wie Recht Sie mit der darin formulierten Kritik damals hatten, kann man eigentlich erst heute ermessen. Wie sehen Sie die Lage jetzt?

Leuschel: „Das Greenspan Dossier“ war uns, das heißt Claus Vogt und mir, eine echte Herzensangelegenheit. Wir brannten regelrecht darauf, dieses Buch zu schreiben, weil wir uns sicher waren, dass der eingeschlagene geld- und staatschuldenpolitische Weg in die Katastrophe führen wird. Inzwischen hat die finanzielle Repression, das heißt die Enteignung der Sparer längst begonnen, und an den Finanzmärkten wurde eine weitere Spekulationsblase erzeugt, deren Dimension noch sehr viel größer ist als in 2007 oder in 2000, weil dieses Mal neben den Aktienmärkten und einigen Immobilienmärkten vor allem die Rentenmärkte betroffen sind.

Frage: Wie wird es geldpolitisch weitergehen?

Leuschel: Ein Eingeständnis des Scheiterns dieser gefährlichen geldpolitischen Machenschaften und eine freiwillige Umkehr wird es wohl nicht geben. Dazu fehlt den Zentralbankbürokraten nicht nur die Einsicht, sondern auch die Größe. Deshalb rechnen wir mit einer Fortsetzung dieser unseriösen Politik der Umverteilung, welche die Marktwirtschaft zerstört, die Demokratie gefährdet und letztlich zu einer großen Geldentwertung führen wird. Erstmals in der Geschichte befindet sich die ganze Welt in einer Inflationsfalle.

Der Schaden, den diese kurzsichtige Geldpolitik in den vergangenen Jahren bereits angerichtet hat, lässt sich leider nicht mehr abwenden. Es wird zwingend zu einer sehr großen Anpassungskrise kommen, in der die zahlreichen Fehlentwicklungen, Ungleichgewichte und faulen Kredite bereinigt werden. Je länger diese notwendige Bereinigung mit Hilfe der Gelddruckmaschine hinausgeschoben wird, desto größer wird die anschließende Krise. Das lässt sich leider nicht mehr ändern, denn die Fehler der Greenspans, Bernankes und Draghis dieser Welt sind ja längst gemacht, auch wenn uns die Endabrechnung dieser irregeleiteten Politik noch nicht präsentiert wurde.

Frage: Was wäre denn die Alternative?

Leuschel: Die Einführung eines seriösen Währungssystems und die Abschaffung der Allmacht heutiger Zentralbanken. Diese sind zu selbstherrlichen Planwirtschaftsbehörden verkommen, deren Mitarbeiter Gott spielen, weil sie offenbar ernsthaft glauben, dass sie alles besser wissen als der Markt. Das ist eine ungeheuerliche Anmaßung, die jeglicher ökonomischen Einsicht und Vernunft Hohn spricht.

(...)

Frage: Wenn es dennoch zur weltweiten Wiedereinführung einer Golddeckung kommen sollte, zu welchem Goldpreis wäre das denn möglich?

Leuschel: Eine konkrete Zahl kann ich hier nicht nennen, aber anhand historischer Vorgaben und bestehender globaler Geldmengen kommt man bei einer Überschlagsrechnung auf einen Unzenpreis im mittleren bis hohen fünfstelligen Bereich. Anerkannte Experten haben eine entsprechende Studie vorgelegt, nach welcher der Goldpreis bei 60.000 \$ pro Unze liegen müsste, wenn der US-Dollar wieder an Gold gebunden würde. Denn eine Erhöhung der Goldbestände durch eine Ausweitung der Produktion ist nicht möglich. Genau das ist ja der große Vorteil einer goldgedeckten Währung.

Frage: Was heißt das alles für den Anleger?

Leuschel: Gerade für den Kleinanleger sehe ich eigentlich nur eine Möglichkeit, dem Chaos zu entkommen und das Vermögen zu erhalten, und das ist Gold in Form von Barren und Münzen, die außerhalb des Bankensystems gehalten werden. Darüber hinaus sollten auch Goldminenaktien berücksichtigt werden, um einen Vermögenszuwachs zu erzielen, sowie diverse Beimischungen, wie wir sie in den Depots unseres Börsenbriefes Krisensicher Investieren empfehlen.

(...)

Goldpreis pro Unze in \$, 1997 bis 2016



In Euro gerechnet hat die neue Goldhaussa sogar schon 2014 begonnen.

Quelle: StockCharts.com

Frage: Blicken Sie optimistisch in die Zukunft?

Leuschel: Im Hinblick auf die völlig unseriöse Geld- und Staatsschuldenpolitik der vergangenen Jahre möchte ich auf diese Frage mit Wilhelm Busch antworten: „Wehe, wehe, wenn ich auf das

Ende sehe.“ Dabei dürfen Sie aber nicht vergessen, dass wir hier lediglich über das Ende eines Währungssystems und eines Überschuldungszyklus reden. Im großen Bild der Weltgeschichte ist das nur eine Randnotiz. Deshalb bin und bleibe ich der unverbesserliche Optimist, der ich mein ganzes Leben lang gewesen bin.

Wenn Sie das vollständige Interview mit Roland Leuschel lesen möchten, [bestellen Sie noch heute Krisensicher Investieren 30 Tage kostenlos.](#)

In der aktuellen August-Ausgabe von KRISIENSICHER INVESTIEREN erfahren Sie darüber hinaus: „Jetzt wird es spannend bei Öl“, „Helikoptergeld ist bullish für Gold“, sowie 2 interessante Kaufempfehlungen abseits der bereits bestehenden Edelmetall- und Shortpositionen, die Ihr Depot noch krisensicherer machen. Handeln Sie jetzt.

[Schützen und mehren Sie Ihr Vermögen und testen Sie noch heute KRISIENSICHER INVESTIEREN 30 Tage kostenlos.](#)

Claus Vogt, der ausgewiesene Finanzmarktexperte, ist zusammen mit Roland Leuschel Chefredakteur des kritischen, unabhängigen und konträren Börsenbriefs Krisensicher Investieren.

2004 schrieb er ebenfalls zusammen mit Roland Leuschel das Buch "Das Greenspan Dossier" und die „Inflationsfalle“. Mehr zu Claus Vogt finden Sie [hier](#).

Was machen eigentlich ... meine Steuergroschen? (04.08.2016)

Autor: Gotthilf Steuerzahler

Weniger Bürokratie an unseren Schulen!

Liebe Leserinnen und Leser,

seit Jahren nehmen die administrativen Aufgaben, die von den Schulen zu erfüllen sind, immer weiter zu. Dieser Entwicklung muss Einhalt geboten werden. Die Schulleitungen müssen stärker unterstützt und von bürokratischen Tätigkeiten entlastet werden.

Die Hauptaufgabe eines jeden Schulleiters besteht darin, die Voraussetzungen für einen qualitativ hohen Unterricht an seiner Schule zu schaffen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es erforderlich, eine Vielzahl administrativ-organisatorischer Tätigkeiten wahrzunehmen und zugleich pädagogische Führungsarbeit zu leisten. Die Schulleitungen müssen heutzutage nicht nur für das ordnungsgemäße Funktionieren ihrer Schule im Alltag, sondern auch für die Schulentwicklung und die Sicherung von Qualität und Effizienz sorgen. Die schulischen Managementaufgaben sind in den letzten Jahren durch die zunehmende Eigenständigkeit der Schulen noch umfangreicher und komplexer geworden.

Die Schulleitungstätigkeit hat sich zu einem eigenständigen Berufsbild entwickelt. An großen Schulen ist sie durchaus mit der Führung eines mittelständischen Unternehmens vergleichbar. Die Balance zwischen pädagogischer Führung und Verwaltungsmanagement ist aber vielfach nicht mehr gegeben. Viele Schulleiter klagen darüber, dass sie wegen der vielen Verwaltungsaufgaben zu wenig Zeit für ihre pädagogische Arbeit haben. Dies gilt besonders für das Leitungspersonal von kleineren Grund- und Hauptschulen.

Bürokratische Vorgaben durch die Kultusverwaltung

Bei einer Befragung der Schulleiter eines süddeutschen Bundeslandes wurde unter anderem kritisiert, dass die Verwaltungsabläufe zwischen den Schulen und der Schulaufsicht nicht effizient ausgestaltet seien. Bei den administrativen Prozessen in der eigenen Schule wurde hingegen kaum Verbesserungspotential gesehen.

Beklagt wurde auch der erhebliche Aufwand, der den Schulen durch Berichtspflichten entsteht. Von der Kultusverwaltung würden zu viele Statistiken angefordert. Ein- und dieselben statistischen Daten müssten mehrfach in verschiedene Programme der Kultusverwaltung eingegeben werden, da die betreffenden Datenbanken nicht integriert seien. Überdies erschließe sich der Nutzen vieler statistischer Abfragen nicht. Trotz der vielen mitgeteilten Daten hätten die Schulen im Ergebnis oft keine ausreichende Planungssicherheit. Dabei sollten statistische Angaben doch als Planungsgrundlagen dienen und Planungssicherheit herstellen.

Es fehlen Assistenzkräfte zur Entlastung der Schulleiter

Die befragten Schulleiter kritisierten auch, dass die Schulträger, das sind die Städte und Kreise, teilweise ihren gesetzlichen Verpflichtungen nicht nachkämen, die Schulen personell zu

unterstützen. Insbesondere Sekretariatskräfte würden den Schulen häufig nicht ausreichend zur Verfügung gestellt. Wenn Schulsekretärinnen erkrankten, gäbe es oft keinen Ersatz. Die Schulleiter müssten dann alle anfallenden Verwaltungsarbeiten selbst übernehmen.

In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass schon seit vielen Jahren über Schulverwaltungsassistenten diskutiert wird, welche die Schulleiter von administrativen Routinetätigkeiten entlasten sollen. Mehrfach haben entsprechende Modellversuche stattgefunden, um den Einsatz von Assistenzkräften zu erproben. Die dabei gemachten Erfahrungen waren ausgesprochen positiv, die Schulen haben die Unterstützung durch Schulverwaltungsassistenten begrüßt.

Gleichwohl haben die Kultusminister der Länder sich noch nicht zu einer flächendeckenden Einführung von Schulverwaltungsassistenten durchringen können. Man scheut die Kosten für das einzustellende Personal. Lieber lässt man teuer bezahlte Lehrkräfte die Routinearbeiten im Verwaltungsbereich erledigen, was natürlich zulasten der Zeitanteile geht, die für pädagogische Tätigkeiten zur Verfügung stehen.

Zu wenig Unterstützung durch die Schulaufsicht

Im Rahmen der Befragung wurden die Schulleiter auch um eine Stellungnahme zu den umfangreichen Rechtsvorschriften und Erlassen der Schulaufsicht gebeten. Die Vorschriften sollen die Schulleiter bei der Aufgabenerledigung unterstützen und eine Handreichung und Hilfestellung sein. Wenig überraschend wurden die Gesetze und Verwaltungsvorschriften von vielen Schulleitern als zu umfangreich, vielfach unverständlich und nicht alltagstauglich eingestuft. Hingegen vermissten viele Schulleitungen trotz aller Vorschriften die Unterstützung der Schulaufsicht in konflikträchtigen Situationen, beispielsweise bei Sanktionen für Lehrkräfte, die ihren Pflichten nicht nachkommen, oder bei Problemen mit schwierigen Eltern.

Durchgängig forderten die Schulleiter mehr Selbstständigkeit bei der Mittelverwendung und eine bessere IT-Unterstützung für ihre Arbeit. Viele der derzeit von der Kultusverwaltung zur Verfügung gestellten IT-Systeme wurden von den Schulleitungen als nicht hilfreich empfunden und dementsprechend nicht genutzt.

Was unbedingt getan werden muss

Die Befragung der Schulleiter ergibt ein klares Bild, wo dringender Reformbedarf im Schulbereich besteht: Zunächst einmal sollten die Verwaltungsaufgaben der Schulen kritisch daraufhin überprüft werden, ob sie wirklich notwendig sind. Die Zuweisung neuer Aufgaben sollte möglichst vermieden werden. Weiterhin sollten die Schulleitungen so weit wie möglich von administrativ-organisatorischen Alltagsarbeiten entlastet werden. Es ist nicht akzeptabel, dass die Arbeitskraft der Schulleiter in erheblichem Umfang für Aufgaben eingesetzt wird, die keine originären Leitungsaufgaben darstellen und die von anderen Kräften kostengünstiger erledigt werden könnten.

Schließlich sollten die von den Schulen zu meldenden statistischen Daten auf ihre Sinnhaftigkeit und Zweckmäßigkeit überprüft und die IT-Unterstützung für die Arbeit der Schulleiter verbessert werden. Wenn dies alles geschieht, liebe Leserinnen und Leser, würde die Bürokratie an unseren Schulen deutlich zurückgedrängt werden. Darauf hofft unverdrossen

Ihr

Gotthilf Steuerzahler

Dieser Text stammt aus dem kostenlosen Newsletter [Claus Vogt Marktkommentar](#).

Claus Vogt, der ausgewiesene Finanzmarktexperte, ist zusammen mit Roland Leuschel Chefredakteur des kritischen, unabhängigen und konträren Börsenbriefs [Krisensicher Investieren](#).

2004 schrieb er ebenfalls zusammen mit Roland Leuschel das Buch "Das Greenspan Dossier" und die „Inflationsfälle“. Mehr zu Claus Vogt finden Sie [hier](#).